

Ein Jahr Kampf gegen Corona geht an die Substanz

Klinikverbund Hessen mahnt die Einhaltung der abgegebenen Versprechen an und fordert weiterhin finanzielle und politische Unterstützung

Seit fast einem Jahr ist die Bekämpfung Pandemie und die Behandlung der an COVID erkrankten Patientinnen und Patienten die zentrale Aufgabe der öffentlichen und kommunalen Krankenhäuser des Klinikverbunds Hessen. *„In Hessen haben Landesregierung und Krankenhausgesellschaft gemeinsam ein gut funktionierendes Konzept der gestuften Versorgung aufgebaut, bei dem sowohl die qualifizierte Behandlung der Patientinnen und Patienten mit COVID, als auch die aller anderen behandlungsbedürftigen Menschen gewährleistet ist“*, betont Clemens Maurer, Vorstandsvorsitzender des Klinikverbunds Hessen e. V. Dies bedeute jedoch eine ununterbrochene hohe Beanspruchung des an der Patientenversorgung beteiligten Personals. Damit verbunden sei eine erhebliche physische und psychische Belastung, zu der die eigene Gefährdung durch die Infektion noch hinzukomme. Die Politik und insbesondere das Bundesgesundheitsministerium könne nicht so tun, als behandelten die Krankenhäuser mit COVID-Patienten nur etwas weniger Fälle und hätten dadurch etwas geringere Einnahmen als sonst. Vielmehr seien alle Krankenhäuser von Personalausfällen einerseits und Mehraufwand durch Hygiene- und Vorsichtsmaßnahmen andererseits belastet und an der Aufrechterhaltung der Gesundheitsversorgung beteiligt.

„Natürlich muss man differenzieren, aber die finanzielle Unterstützung der Krankenhäuser über die Ausgleichspauschale an Kriterien wie die Notfallstufe des Krankenhauses, die regionale Inzidenz und Belegung der Intensivstationen zu knüpfen ist nicht sachgerecht und lässt einen Großteil der Häuser im Regen stehen“, meint Achim Neyer, stellvertretender Vorstandsvorsitzender des Klinikverbunds Hessen. Zwar habe die hessische Landesregierung den gesetzlichen Spielraum soweit als möglich genutzt, damit möglichst viele Krankenhäuser einen Anspruch auf die Ausgleichspauschale erhielten. Es gebe jedoch eine Reihe von Häusern, die trotz der pandemiebedingten Belastungen aus dem Rettungsschirm herausfielen. Dies betreffe unter anderem die Kliniken der psychiatrischen und psychosomatischen Versorgung. *„Wir behandeln Patientinnen und Patienten, die teilweise aufgrund ihrer Erkrankung besondere Schwierigkeiten bei der Einhaltung von Abstands- und Hygienemaßnahmen haben“*, erläutert Reinhard Belling, Vorstandsmitglied im Klinikverbund Hessen und als Geschäftsführer der Vitos-GmbH für einen Großteil der psychiatrischen Fachkliniken in Hessen verantwortlich. Die Auswertung der Unternehmensdaten des letzten Jahres zeige in diesem Bereich eindeutig, dass auch im Sommer bei niedrigen Infektionszahlen nicht annähernd eine volle Belegung möglich gewesen sei. Gleichzeitig sei die Symptombelastung und Fallschwere der behandelten Patienten angestiegen. *„Insgesamt haben wir auch in den rein psychiatrischen Kliniken einen deutlich höheren Aufwand sowie steigende Kosten bei gleichzeitigen Erlösrückgängen und da diese Kliniken keinen Anspruch auf eine Ausgleichspauschale haben stehen wir jetzt vor erheblichen wirtschaftlichen Schwierigkeiten“*, so Belling weiter.

Der Klinikverbund Hessen mahnt die Einhaltung der gegenüber den Krankenhäusern abgegebenen Versprechen an. „Bundesgesundheitsminister Spahn persönlich hat zu Beginn der Pandemie gegenüber den Krankenhäusern das Versprechen abgegeben, dass **kein** Krankenhaus aufgrund der Pandemie in ein Defizit rutschen werde; inzwischen berechnen einige Geschäftsführer bereits, wie viel Zeit ihnen unter den jetzigen Bedingungen noch bis zum Gang zum Insolvenzgericht bleibt“, sagt Reinhard Schaffert, Geschäftsführer des Klinikverbunds Hessen. Die Krankenhäuser seien in ihrer Gesamtheit in das Konzept der abgestuften Versorgung in Hessen eingebunden und dafür notwendig. Zudem sei der Krankenhausbereich abgesehen von seiner Aufgabe der Gesundheitsversorgung eine Branche, deren wirtschaftliche Bedeutung nicht hinter anderen großen Branchen wie Luftfahrt- oder Autoindustrie zurückstehe. Aus dieser Sichtweise sei der Krankenhausbereich gleichermaßen auch aus Steuermitteln unterstützungswürdig.

„Herr Spahn, halten Sie ihr Versprechen und geben Sie **allen** Krankenhäusern auch im Jahr 2021 eine stabile und planbare finanzielle Sicherheit“, bekräftigt Schaffert den Appell des Klinikverbunds Hessen.